

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Schulministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sachverhalt ist bekannt und wurde dargestellt. Ich wiederhole ihn hier nicht. Es ist nicht so, dass die Landesregierung das Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen einfach auslaufen lässt.

Es hat mehrfach Gespräche gegeben zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Schulministerium. Leider ist für beide Seiten keine einvernehmliche Lösung gefunden worden. Nun kann es aber auch nicht sein, dass wir dieses Gesetz stillschweigend fortsetzen, das doch von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, bewusst zeitlich begrenzt wurde. Sie sagen ja selbst, dass Sie es begrüßen, dass alle Eltern mit der Rückkehr zur alten Regelung entlastet werden. Ich halte diese Drittellösung auch für angemessen. Herr Witzel hat gerade noch einmal die Beträge genannt.

Was mir viel mehr Sorgen bereitet, sind die Kosten, die den Eltern zusätzlich entstehen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist doch nicht so „schlimm“!)

hier ein besonderer Filzstift, eine neue Mappe – am besten in einer besonderen Farbe und von besonderem Material –, die Zusatzlektüre und der Taschenrechner sowieso.

Die Landesregierung hat deshalb einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht. Der Bundesrat soll die Bundesregierung auffordern, die Regelleistung für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch II sowie dem Sozialgesetzbuch XII unverzüglich neu zu bemessen. Dieser Antrag ist mit den Stimmen aller Länder im federführenden Ausschuss angenommen worden. Als Grundlage dafür soll eine spezielle Entlastung des Kinderbedarfs vorgesehen werden.

Zurück zum Arbeitsmittel Buch: Der Landesregierung ist kein Fall bekannt, dass auch nur ein Kind ohne die erforderlichen Schulbücher lernen musste. Nach unseren Informationen stellen dies die Schulträger oder gegebenenfalls die Schulen mit pragmatischen Lösungen sicher.

Noch eine letzte Anmerkung: Wie bereits in Ihrem Antrag zu Schülerzahlen und Klassengrößen benutzen Sie gerne das Bild vom Schwarzen Peter. Der Schwarze Peter ist ein Kinderspiel. Ein Kinderspiel, ein Spiel mit Kindern, ist das hier nicht.

Ich setze große Hoffnungen in den Entschließungsantrag unseres Landes im Bundesrat. Eine neue Festlegung darauf, was Kinder auch als Schülerinnen und Schüler wirklich brauchen, wäre ein Gewinn, ein Gewinn für alle, ohne Schwarzen Peter. – Guten Abend.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/6686** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – und zur Mitberatung an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung soll im federführenden Schulausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? Dann geben Sie bitte das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Antrags einstimmig beschlossen.

Wir gehen flugs über zum nächsten Tagesordnungspunkt:

13 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes, des Landesabfallgesetzes, des Landesbodenschutzgesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6289

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 14/6654

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Hubert Schulte das Wort. Bitte schön.

Hubert Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben mit dem AAV, dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW, eine einmalige Einrichtung, die

bundesweit sonst nicht existiert. Land, Kommunen und Wirtschaft tragen diesen Verband mit eigenen finanziellen Mitteln.

Wir haben im Ausschuss ausgiebig darüber diskutiert, was diese Änderungen beinhalten. Wir sind der Meinung, dass die Änderungen und Ergänzungen sinnvoll und richtungsweisend sind. Sie haben auch die Zustimmung der CDU, der FDP und – was heute nicht mehr allgemein üblich ist – von Teilen der Opposition, in diesem Fall der SPD, gefunden.

Die größte Schwierigkeit in diesem Bereich ist, die erforderlichen Finanzmittel zusammenzubringen. Da sehen wir noch die Verpflichtung der Industrie. Wir unterstützen den Minister bei seinen Bemühungen, auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen. – Schönen Abend noch.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Gottschlich das Wort.

Margret Gottschlich (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich kann meinen CDU-Kollegen toppen. Drei Sätze dazu:

Erster Satz: Das Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz, von der rot-grünen Landesregierung eingebracht und beschlossen, war ein sehr erfolgreiches Gesetz.

Zweiter Satz: Es ist klug von der jetzigen Landesregierung, diesen erfolgreichen Weg weiterzugehen.

Dritter Satz dazu: Wir stimmen dem zu. – Danke schön.

(Beifall von SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottschlich. – Für die FDP hat Herr Ellerbrock das Wort.

(Zuruf von der SPD: Drei Sätze! – Svenja Schulze [SPD]: Schaffst du zwei Sätze? – Dietmar Brookes [FDP]: Kennen Sie seine Sätze? – Minister Eckhard Uhlenberg: Dann kann ich ja etwas länger reden! Zum Ausgleich!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme auf die Worte meines geschätzten Vorredners Hubert Schulte Bezug.

Einen Punkt möchte ich allerdings ansprechen. Das Verhalten der Industrie in den Verhandlungen mit dem Land um ihren Finanzierungsbeitrag, den Finanzierungsbeitrag der Industrie, hat nach meiner Wahrnehmung der Realität die Grenze des Entwürdigens erreicht. Das, was hier seitens der Industrie an Verzögerungen stattgefunden hat, ist so für uns als Land, meine ich, nicht tragbar.

Es ist, glaube ich, richtig, wenn wir den Minister noch einmal deutlich bitten und ihm den Rücken darin stärken, dies auch der Industrie und ihren Verbänden gegenüber deutlich zu machen.

Ich weiß sehr wohl, dass sich zahlreiche Betriebe und Firmen hier beteiligen. Aber das muss auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Industrie kann nicht Solidarität vom Land einfordern, wenn sie in ihren eigenen Reihen solidarisches Handeln vermissen lässt. Das sollten wir hier ganz deutlich einfordern.

Wir stimmen dem Gesetz natürlich so zu. Es ist hervorragend vorbereitet worden, Herr Minister. Wir sind völlig begeistert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. Für Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welche Ausmaße muss das Problem eigentlich haben, wenn man dem glaubt, was Herr Ellerbrock eben gesagt hat? Das war ja richtig, macht aber die Dimension des Ganzen noch größer.

Aus meiner Sicht ist es eine Schande für dieses Haus und für dieses Land, dass wir in dieser Art und Weise mit der Industrie über ein aus unserer Sicht wichtiges Problem sprechen, nämlich über die Sanierung von Altlasten in diesem Land und über die Frage, welchen Beitrag Wirtschaft und Industrie dazu liefern.

Man kann nicht glaubhaft auf der einen Seite massiv – was wir unterstützen – für die Bekämpfung des Flächenverbrauchs sein und mit „15 ha auf 5 ha“ eine markige Zahl vorgeben und auf der anderen Seite bei Möglichkeiten, Altlastenstandorte wieder in den Flächenverkehr zu geben, eine solch weiche Position gegenüber Wirtschaft und Industrie vertreten.

Die Schamgrenze ist erreicht. Wir sollten das nicht mit uns machen lassen; wir sollten als Parlament insgesamt den Rücken durchdrücken und

anders und stärker gegenüber Wirtschaft und Industrie auftreten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn hier gibt es eine Verantwortung, die reklamiert werden muss; gegebenenfalls muss man über neue gesetzliche Möglichkeiten nachdenken. Deshalb wird meine Fraktion dem Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

Als weitere Anmerkung sei gestattet: Wir sind auch nicht der Meinung, dass es an dieser Stelle richtig ist, mit der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung in dieser Weise gesetzlich zu verfahren.

So weit und in aller Kürze. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. Für die Landesregierung hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass dieses Gesetz heute vom Landtag mit breiter demokratischer Unterstützung auf den Weg gebracht wird. Es ist ein wichtiger Meilenstein in der Umweltpolitik der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Es ist wichtig, dass Flächen, die altlastenverseucht sind und bei denen der Verursacher nicht mehr festzustellen ist, aufgearbeitet werden können.

Die Beteiligten stellen auf freiwilliger Basis einen Betrag von 35 Millionen € zur Verfügung. Das könnte mehr sein; das gebe ich gerne zu. Es hat intensive Verhandlungen gegeben. Diese Verhandlungen sind nicht beendet. Wir bemühen uns darum, dass sich diejenigen, die sich an diesem Altlastenfonds beteiligen, finanziell noch stärker einbringen, und wir wollen den Kreis der Aktiven ausdehnen.

Ich glaube, das, was der Landtag heute mit einer breiten Mehrheit verabschiedet, ist ein gutes Gesetz. Auf die Zustimmung der Grünen kann ich gerne verzichten.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte mich bei der SPD herzlich für die Unterstützung bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6654**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6289 unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das ist Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit der Stimmenmehrheit von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen **angenommen** und in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, habe ich die unangenehme Pflicht, eine Rüge auszusprechen. Sie betrifft den Abgeordneten Sagel. Er hat in der heutigen Plenarsitzung zu Tagesordnung 6 – das war der Eilantrag – in seinem Debattenbeitrag davon gesprochen, dass es hier Leute gebe, die einen – ich zitiere – „Kopfschuss“ hätten. Das ist nun wirklich eine unparlamentarische und martialisches Aussage. Ich muss Sie daher rügen, was ich hiermit tue.

Ich rufe auf:

14 Die Versorgung psychisch kranker Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten muss verbessert werden!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6685

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordneten Frau Düker, die schon bereit steht, das Wort. Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Psychische Störungen sind in den Justizvollzugsanstalten weitaus häufiger anzutreffen als in der Allgemeinbevölkerung. Die Zahlen sind erschreckend. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses sagte ein Vertreter des Justizministeriums, dass nach Schätzungen des Ministeriums ca. 80 % der Inhaftierten psychische Störungen aufweisen.

Eckart Werthebach kommt in seiner „Kommission Gewaltprävention im Strafvollzug NRW“ zu der Aussage, dass 30 % der Inhaftierten harte Drogen